



PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 15.01.2015
sj

Stärkere Anstrengungen in der Flüchtlingsdebatte gefordert

Angelika Glöckner spricht sich für stärkeren Dialog und mehr Unterstützung durch den Bund bei der Finanzierung von Flüchtlingsunterkünften aus.

Die zahlreiche Krisen im Nahen und Mittleren Osten erschüttern derzeit die internationale Politik und auch hier in Deutschland sind die Auswirkungen dieser Konflikte durch steigende Flüchtlingszahlen spürbar. Zahlreiche Menschen versuchen sich vor den Gräueltaten und der Bedrohung des selbsternannten „Islamischen Staates“ in Sicherheit zu bringen und verlassen ihre Heimat. Hauptziel für Millionen von Menschen sind dabei vor allem die unmittelbaren Nachbarstaaten Syriens und des Iraks. Aber auch hier in Deutschland suchen viele der Flüchtlinge Schutz und Unterkunft – so wurden im Jahr 2014 ca. 200.000 Asylanträge in Deutschland gestellt und diese Zahl wird sich voraussichtlich auch 2015 nicht verringern.

Die Unterbringung der Flüchtlinge und die damit verbundene Finanzierung fallen gemäß des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) in die Zuständigkeit der Bundesländer bzw. der Kommunen. Jedoch stellt Entwicklung der Flüchtlingszahlen die Länder und insbesondere die Kommunen vor enorme Herausforderungen. Diese Problemlage wird derzeit deutschlandweit stark diskutiert. „Bei der Finanzierung der Unterbringung von Flüchtlingen ist der Bund gefordert, geeignete Mittel bereitzustellen, um einer Überforderung der Kommunen entgegenzuwirken“, erklärt die Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Pirmasens und Zweibrücken Angelika Glöckner. „Mit der einmaligen Bereitstellung von jeweils 500 Millionen Euro für 2015 und 2016 ist hier ein erster Schritt gemacht, dieser muss jedoch durch klare gesetzgeberische Regelungen gesichert werden“, führt Angelika Glöckner, Mitglied des Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe im Deutschen Bundestag, weiter aus.

Der Bundestag beschloss im November 2014 einen Hilfsfond von einer Milliarde Euro für die Finanzierung von Flüchtlingen einzurichten, um die Länder und Kommunen zu entlasten. Die ersten Mittel aus diesem Fond werden bereits ausgeschüttet. Dennoch bedarf es einer langfristigen Lösung der Finanzierung von Flüchtlingsunterkünften und der Versorgung von Asylsuchenden. „Derzeit diskutieren wir auf Bundesebene verschiedene Möglichkeiten diese Problemlagen zu lösen. Dazu gibt es innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion den Vorschlag, dass der Bund die Finanzierung der Unterkünfte übernimmt. Für die medizinische Versorgung von Flüchtlingen ist die Einführung einer Gesundheitskarte im Gespräch. Durch beide Maßnahmen würden die Kommunen enorm entlastet werden“, stellt die Abgeordnete fest.

Aber auch auf Landesebene gibt es zahlreiche Initiativen, um die Kommunen zu entlasten und zu unterstützen. So wurden sowohl die Mittel für die Unterbringung und die Versorgung von Flüchtlingen als auch die Anzahl der Plätze in den Erstaufnahmestätten deutlich erhöht. Zudem befindet sich die SPD-geführte Landesregierung seit November 2014 in fortlaufender Koordinierung mit den kommunalen Spitzenverbänden, den Kirchen und den Wohlfahrtsverbänden. Des Weiteren gibt es eine Task-Force der Landesregierung, an der alle relevanten Ministerien auf Landesebene beteiligt sind.

Sowohl der Bund als auch die Landesregierung versuchen durch intensive Bemühungen die Kommunen zu entlasten. Um dies möglich zu machen und um sicherzustellen, dass die zusätzlichen Mittel in den Bereichen bereitgestellt werden, in denen sie am dringendsten gebraucht werden, müssen die bereits begonnen Gespräche weitergeführt und intensiviert werden. „Hier sind die Kommunen angehalten, den Dialog mit der Landesregierung aufrechterhalten. Nur auf diese Weise werden Bedarfe schnell erkannt und es kann zielgerichtet gehandelt werden“, so die Bundestagsabgeordnete abschließend.

Für Rückfragen steht Ihnen das Abgeordnetenbüro von Frau Angelika Glöckner, MdB, unter der E-Mail-Adresse angelika.gloeckner@bundestag.de bzw. unter der Telefonnummer 030/227 -77432 gerne zur Verfügung.